

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in unregelmäßiger Reihenfolge berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Die vergangene Sitzungswoche war sehr ereignisreich. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD wurde unterschrieben und die neue Bundesregierung wurde vereidigt. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Wahl der Bundeskanzlerin
2. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat
3. Einsetzen von Ausschüssen
4. Wahl der Beauftragten für Datenschutz
5. Relevantes aus Mannheim und der Region

1. Wahl der Bundeskanzlerin

Nachdem am Montag der Koalitionsvertrag feierlich unterschrieben wurde, begann die Plenarsitzung am Dienstag mit der Wahl der Bundeskanzlerin. Frau Dr. Angela Merkel, die auf Vorschlag des Bundespräsidenten zur Wahl stand, wurde mit 462 von 621 (74,4 Prozent) der anwesenden Abgeordneten gewählt. Im Anschluss an die Wahl legte die Bundeskanzlerin den Eid ab. Anschließend wurden im Bundespräsidialamt die Bundesminister vorgeschlagen, die am Dienstagnachmittag im Plenum ihren Eid ablegten. Mit der Bildung der neuen Bundesregierung kann der parlamentarische Betrieb in Berlin wieder aufgenommen werden.

2. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat

Das Plenum am Mittwoch begann mit einer Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zu den Schwerpunkten der anstehenden Sitzung des Europäischen Rates am 19./20.12.2013. Neben den Fortschritten in der Koordinierung der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und der weiteren Regulierung des Bankensektors wurde in der anschließenden Aussprache auch die Lage in der Ukraine thematisiert. Bundeskanzlerin Merkel betonte, dass Deutschland auch unter seiner neuen Bundesregierung Europas Zukunft weiter gestalten wolle und das Europäische Einigungswerk eine der wichtigsten Aufgaben der christlich-sozialdemokratischen Regierung sei. Die Bundeskanzlerin gratulierte Spanien und Irland, die den europäischen Rettungsschirm verlassen haben, würdigte aber auch die Fortschritte, die Griechenland, Portugal und Zypern gemacht haben.

Die einheitliche Bankenaufsicht sei beschlossen und auch die Regelungen zur Abwicklung von Banken seien auf gutem Weg. Im Mittelfristigen Finanzrahmen der EU für die Jahre bis 2020 seien erhebliche Zuwächse im Forschungs- und Bildungsbereich festgelegt worden, so Bundeskanzlerin Merkel. Sie betonte auch, dass die Finanzkrise trotz aller Fortschritte noch nicht überwunden sei und den Ursachen weiter nachgegangen werden sollte, um Fehlentwicklungen vorzubeugen. Hierfür seien weitere verbindliche Verträge mit der EU-Kommission wichtig, die von nationalen Parlamenten beschlossen werden sollten. Bezüglich des eingeleiteten Verfahrens wegen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sagte Bundeskanzlerin Merkel: „Deutschland muss ein starker Industriestandort bleiben.“ Deutschland werde der EU-Kommission dies auch verdeutlichen. Im weiteren Verlauf der Regierungserklärung bedauerte Angela Merkel die Entscheidung der Ukraine, das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterzeichnet zu haben. Es dürfe kein „Entweder-Oder“ mehr zwischen der EU und Russland geben. Beim anstehenden Europäischen Rat (ER) am 19. und 20. Dezember müsse es Fortschritte bei der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geben. "Sie muss sichtbar und wirkungsvoller werden", sagte Merkel. Regionale Partnerorganisationen, vor allem in Afrika, müssten ihre Verantwortung selbst wahrnehmen können. Das Beispiel Mali zeige, dass Ausbildung und Ausrüstung Hand in Hand gehen müssten. Mit Blick auf die Europawahl im Mai 2014 erklärte die Bundeskanzlerin, sie werde alles tun, damit Europa eine gute Entwicklung nehme. "Europa ist unsere Heimat" betonte Angela Merkel.

3. Einsetzung von Ausschüssen

In dem Antrag „Einsetzung von Ausschüssen“ wurden Anzahl, Aufgaben und Größe der Ausschüsse für die neue Legislaturperiode beschrieben. Eingangs ging es um die Ausschüsse mit besonderem parlamentarischem Bezug wie den für Petitionen, Geschäftsordnung oder Wahlprüfung. Für die Gesetzgebungsarbeit sind vor allem die Fachausschüsse wichtig, wobei jedem Ressort ein Ausschuss zugeordnet wird. Das gewährleistet eine optimale und stringente Kontrolle und Begleitung des Regierungshandelns. Diesem Muster folgen auch Ausschüsse für Ressort-Teilbereiche wie Sport oder Tourismus. Nach der für Januar vorgesehenen Konstituierung der Ausschüsse wird der für die Übergangszeit eingerichtete Hauptausschuss aufgelöst.

Auf Antrag aller Fraktionen im Deutschen Bundestag wurde die Einsetzung folgender 22 Ausschüsse beschlossen.

1. Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	14 Mitglieder
2. Petitionsausschuss	26 Mitglieder
3. Auswärtiger Ausschuss	37 Mitglieder
4. Innenausschuss	37 Mitglieder
5. Sportausschuss	18 Mitglieder
6. Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz	39 Mitglieder
7. Finanzausschuss	37 Mitglieder
8. Haushaltsausschuss	41 Mitglieder
9. Ausschuss für Wirtschaft und Energie	46 Mitglieder
10. Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft	34 Mitglieder
11. Ausschuss für Arbeit und Soziales	41 Mitglieder
12. Verteidigungsausschuss	32 Mitglieder
13. Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	36 Mitglieder
14. Ausschuss für Gesundheit	37 Mitglieder
15. Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur	41 Mitglieder
16. Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	36 Mitglieder
17. Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe	16 Mitglieder
18. Ausschuss für Bildung, Forschung u. Technikfolgenabschätzung	34 Mitglieder
19. Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	21 Mitglieder
20. Ausschuss für Tourismus	18 Mitglieder
21. Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union	34 Mitglieder
22. Ausschuss für Kultur und Medien	18 Mitglieder

4. Wahl der Beauftragten für Datenschutz

Die CDU-Politikerin Andrea Voßhoff wurde gestern zur neuen Bundesdatenschutzbeauftragten gewählt. Das Parlament wählte die Bundesdatenschutzbeauftragte auf Vorschlag der Regierung. Andrea Voßhoff folgt Peter Schaar nach, der am Dienstag den letzten Arbeitstag seiner zehnjährigen Amtszeit hatte. Andrea Voßhoff wurde mit 403 der abgegebenen 587 Stimmen im Bundestag gewählt. Die CDU-

Rechtspolitikerin saß von 1998 bis zum September 2013 im Bundestag. Bei der Bundestagswahl im September unterlag sie in ihrem Wahlkreis in Brandenburg an der Havel dem SPD-Politiker und neuen Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Auch über die Landesliste konnte Voßhoff nicht erneut ins Parlament einziehen.

5. Relevantes aus Mannheim und der Region

Besuch der SEMA-Schulen: Leistungsorientierung und Integration

Bei meinem Besuch der staatlich anerkannten SEMA-Schulen in Trägerschaft des Türkisch-Deutschen Bildungsvereins informierte ich mich über die aktuelle Entwicklung an der Realschule und am Gymnasium. Im Gespräch mit Vertretern des Vereins unter Leitung des Vorsitzenden Mustafa Coktasar und des Schulleiters Nuh Duran informierte ich mich vor allem über die Ganztagskonzeption der Schule, die Entwicklung der Schülerzahlen und die laufenden und geplanten Baumaßnahmen.

Die SEMA-Schulen haben aufgrund ihrer Trägerschaft in besonderer Weise die Integration und den Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund im Blick. Die Bestrebungen der Schulleitung und des Trägervereins, vor diesem Hintergrund verstärkt auch Kinder und Jugendliche ohne Migrationserfahrung aus den umliegenden Stadtteilen für ihre Schule zu gewinnen, begrüße ich ausdrücklich. Die Leistungsorientierung und das Ganztagsangebot der SEMA-Schulen sind für viele Schüler und ihre Eltern bei der Wahl der weiterführenden Schule entscheidende Faktoren.

Duale Hochschule ist ein starker Partner der Wirtschaft

Bei meinem Besuch der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Mannheim informierte ich mich über aktuelle Entwicklungen der Hochschule am Standort Mannheim. Im Gespräch mit Rektor Prof. Dr. Georg Nagler informierte ich mich über hochschulpolitische Entwicklungen im Bereich der Master-Studiengänge, über die Zusammenarbeit mit den Unternehmen der Metropolregion Rhein-Neckar und über die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt für Absolventen des Dualen Studiums.

Die Hochschulen sind zwar in erster Linie Angelegenheit des Landes, doch ist auch für mich als Bundestagsabgeordneter, Stadtrat und hochschulpolitischer Sprecher der CDU-Gemeinderatsfraktion das Gespräch mit den Mannheimer Hochschulen wichtig. Die Duale Hochschule in Mannheim nimmt aufgrund ihrer intensiven Kooperation mit der Wirtschaft in der Region eine besondere Stellung ein. Das duale Modell in der Ausbildung gilt seit jeher als Erfolgsmodell. Wenn im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die Ausbildung und das Studium junger Menschen in benachteiligten Regionen der Welt in den Mittelpunkt von Gesprächen rückt, ist es wichtig, dass Deutschland solche Modelle vorweisen und andere Länder bei entsprechenden Überlegungen beraten kann.

Besuch beim Internationalen Mädchentreff

Bei meinem Besuch beim Internationalen Mädchentreffs im Jungbusch informierte ich mich über diese Einrichtung. Vor allem interessierte mich das Angebot für Mädchen mit und ohne Migrationshintergrund. Im Gespräch mit der Leiterin des Mädchentreffs, Nazan Kapan, sowie dem Vorstandsmitglied des Stadtju-

gendrings, Alev Bahadir, und der Geschäftsführerin des Stadtjugendrings, Karin Heinelt, informierte ich mich gemeinsam mit meiner Stadtratskollegin Rebekka Schmitt-Illert vor allem über die Organisation und die Abläufe in diesem Jugendtreff für Mädchen.

Der Internationale Mädchentreff leistet seit nunmehr 25 Jahren eine hervorragende Arbeit und macht Angebote für Mädchen, die von den üblichen Angeboten der Jugendtreffs oder der Vereine nicht erreicht werden würden. Die haupt- und vor allem ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen bieten, wie Nazan Kapan erläuterte, ein umfassendes Betreuungsangebot einschließlich Hausaufgabenbetreuung und Berufsorientierung für Mädchen ab dem Schuleintritt an. Die meisten Mädchen kommen aus dem Jungbusch, der Innenstadt und der Neckarstadt.

Nazan Kapan und ihr Team bieten den Mädchen nicht nur pädagogisch wertvolle Betreuung und vielfältige Freizeitangebote, sondern auch ein zweites Zuhause an.

Gespräch über Schwerpunkt-Kitas „Frühe Chancen“ in Mannheim

Bei meinem Besuch der katholischen Gesamtkirchengemeinde informierte ich mich über die Entwicklung der Schwerpunkt-Kitas „Sprache und Integration“ des vom Bundesfamilienministerium geförderten Programms „Frühe Chancen“ in Mannheim. Im Gespräch mit Geschäftsführer Eckhard Berg und Ulrike Rezavandy, zuständig für Sprachförderung in den katholischen Kindertagesstätten, ging es vor allem um die trägerübergreifende Zusammenarbeit in Mannheim und die Zukunft des zunächst bis Ende 2014 befristeten Projektes.

Die Fördermittel des Bundes-Programms „Frühe Chancen“ ermöglichen im Gegensatz zu vielen anderen Projekten eine Fortbildung für das gesamte Team der Erzieherinnen und Erzieher mit dem Ziel, die Sprachentwicklung der Kinder einzuschätzen und zu unterstützen.

Die Träger der ca. 30 katholischen, evangelischen und städtischen Schwerpunkt-Kitas in Mannheim haben bisher gute Erfahrungen mit dem Programm gemacht, wie mir meine Gesprächspartner mitteilten. Ich hoffe deshalb, dass über das Jahr 2014 hinaus eine entsprechende Förderung erfolgt oder die Fortbildungs-Angebote in Regelangebote umgewandelt werden. Ich werde mich beim Bundesfamilienministerium nach den aktuellen Ergebnissen der Programm-Evaluation erkundigen und mich beim Bund und beim Land für die Nachhaltigkeit des Erreichten einsetzen.



Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de